

Energiepolitik = Politique énergétique

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin.ch : Fachzeitschrift und Verbandsinformationen von Electrosuisse, VSE = revue spécialisée et informations des associations Electrosuisse, AES**

Band (Jahr): **100 (2009)**

Heft 7

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Teilverkauf von Localnet deutlich abgelehnt

Die Stimmberechtigten von Burgdorf haben den Teilverkauf des lokalen Energie- und Wasserversorgers Localnet an die BKW deutlich abgelehnt. Den 3184 Nein standen nur 1166 Ja-Stimmen gegenüber.

Das Gemeindeparlament hatte im letzten November einen Verkauf von 49% der Aktien an den Energiekonzern BKW noch klar befürwortet. Der Stadtkasse wären 39 Mio. CHF zugeflossen.

Die Stimmberechtigten haben zum Vorhaben nun mit einem Anteil von 73,2% Nein gesagt. Die Gewerkschaften, die sich zusammen mit der Grünen Freien Liste und der EVP gegen die Vorlage engagiert hatten, sehen im Abstimmungsausgang «einen grossen Erfolg für den Service public».

Der Angriff auf einen gut funktionierenden öffentlichen Betrieb sei abgewehrt worden, teilte der Gewerkschaftsbund Emmental mit. Das Ergebnis spiegle auch den grossen Unmut in der Bevölkerung «gegenüber dem internationalen Finanzfilz, in den die BKW verstrickt ist». Die Stimmbeteiligung betrug 42,2%, wie die Stadtverwaltung mitteilte.

Stadtpräsidentin: Emotionaler Kampf

Die Stadtpräsidentin von Burgdorf, Elisabeth Zäch, sagte auf Anfrage, der Kampf um Localnet sei sehr emotional geführt worden.

Der Grosskonzern wolle das kleine Unternehmen schlucken, habe es geheissen. Die politisch Verantwortlichen hätten nicht klar machen können, dass sie für Burgdorf mit dem Teilverkauf «das Beste» wollten.

Nun sei Sparen angesagt. Man wisse jetzt, dass die 39 Mio. nicht kommen, was eine ganz andere Ausgangslage für die Stadtfinanzen schaffe.

Kalte Schulter für BKW schon im 2000

Bereits im Jahr 2000 wollte die BKW die damaligen Industriellen Betriebe von Burgdorf übernehmen. Die Stimmberechtigten sagten Nein und befürworteten stattdessen

die Gründung von Localnet. 2007 wollte die FDP einen Verkauf oder Teilverkauf von Localnet lancieren, scheiterte aber bereits im Stadtrat.

Die BKW Energie AG hat vom Ausgang der Abstimmung mit Bedauern Kenntnis genommen. Sie betonte, dass die bestehende industrielle Zusammenarbeit zwischen BKW und Localnet weitergeführt werde.

Gleich in Biglen

Die Stimmberechtigten von Biglen haben ebenfalls an diesem Wochenende den Verkauf des Elektrizitätswerks Biglen an die BKW abgelehnt. Auch dieses Resultat nimmt die BKW mit Bedauern zur Kenntnis und betont, die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem EW Biglen werde weitergeführt. (SDA/bs)

Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Lebendiges Wasser»

Die neuen Ausnahmen von der Restwasserpflcht sollen nicht nur für Gewässer gelten, in denen es keine Fischbestände gibt. Die Umwelt- und Energiekommission (UREK) des Ständerats lehnt den vom Nationalrat beschlossenen Kompromiss ab.

Die Flexibilisierung der Restwasserbestimmungen ist der umstrittenste Punkt des indirekten Gegenvorschlags zur Volksinitiative «Lebendiges Wasser» des Fischereiverbands. Neu sollen die Kantone für Abschnitte mit geringem ökologischem Potenzial tiefere Minima festlegen dürfen.

Nach dem Beschluss beider Kammern können Fließgewässer künftig bereits ab einer Höhe von 1500 statt 1700 m ü.M. trockengelegt werden. Um den Initianten entgegenzukommen, beschränkte der Nationalrat diese Bestimmung auf «Nichtfischgewässer», was die Ständeratskommission nun aber ablehnt.

Die Gesetzesvorlage, mit der das Parlament Schutz und Nutzung von Flüssen und Bächen in Einklang bringen möchte, geht nach der Beratung in der UREK mit 7 von 9 Differenzen in den Ständerat. Festhalten be-

antragt die Ständeratskommission insbesondere bei einigen Bestimmungen über die landwirtschaftlichen Grundstücke. (SDA/bs)

CO₂: Ständerat will Beschränkung auf 500 MW bei GUD

Die Energie- und Umweltkommission (UREK) des Ständerats möchte die Gesamtleistung von Gaskombikraftwerken auf 500 MW beschränken. Die CO₂-Emissionen sollen zu 30–50% im Ausland kompensiert werden dürfen. Wie die Parlamentsdienste mitteilten, hat die UREK die Detailberatung der Änderung des CO₂-Gesetzes abgeschlossen, welche den bis Ende 2010 geltenden Beschluss über die Kompensation des Ausstosses von Klimagas aus fossil-thermischen Kraftwerken ablösen soll. Unbestritten war der Grundsatz der vollständigen Kompensation. Rege diskutiert wurde der Anteil der im Ausland erlaubten Kompensation. Heute ist diese auf 30% limitiert. Die Kommission beantragt ihrem Rat, diesen Anteil zu belassen, aber dem Bundesrat die Möglichkeit zu geben, auf 50% zu gehen. Eine Minderheit verlangt, dass alle Emissionen ausschliesslich im Inland kompensiert werden. Eine weitere

Minderheit fordert, dass sich die Kraftwerksbetreiber Investitionen in erneuerbare Energien als Kompensationsmassnahmen anrechnen lassen können. Die UREK stimmte der Vorlage oppositionslos zu. (SDA/bs)

Kein eidgenössisches Sicherheitskontrollgesetz – Ständeratskommission winkt ab

Aus dem eidgenössischen Sicherheitskontrollgesetz wird nichts. Die Energiekommission (UREK) des Ständerats beantragt dem Plenum mit 9:2 Stimmen bei 1 Enthaltung, auf die Vorlage des Bundesrats nicht einzutreten. Mit dem Gesetz wollte der Bundesrat die Bewilligungs- und Genehmigungsverfahren zur Kontrolle der technischen Sicherheit von Anlagen, Fahrzeugen, Geräten und Sicherheitssystemen neu regeln und standardisieren.

Nach den Hearings der Verwaltung kam die UREK nun zum Schluss, dass das vorgeschlagene Regime mit beträchtlichen Kosten für die Wirtschaft verbunden wäre und die Verfahren unnötig erschweren würde. Überdies sei die Kontrolle der technischen Sicherheit heute schon zufriedenstellend, teilte die UREK mit. (SDA/bs)